

# Die Kirchen und die europäische Gemeinschaft

VON KLAUS KREMKAU

Ich habe in der Überschrift das Adjektiv „europäisch“ mit kleinem Anfangsbuchstaben geschrieben um anzudeuten, worum es mir in diesem Beitrag geht und worum es nicht geht. Es geht mir nicht um „Europa“ als Raum, sondern um den politischen und gesellschaftlichen Prozeß, der auf die Entstehung *politischer Strukturen* gerichtet ist, in denen sich die Gemeinschaft der Nationen und Regionen Europas formiert. Eine dieser Strukturen ist die Europäische Gemeinschaft (EG) – bald wohl „Europäische Union“ – mit ihren Institutionen. Aber die Frage nach den Strukturen der europäischen Gemeinschaft stellt sich – erst recht für die Kirchen! – über die EG hinaus im Blick auf den Europarat, die KSZE, den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und auf diejenigen Länder in Europa, die bisher keiner dieser Organisationen angehören und doch nach Formen ihrer Teilnahme an der europäischen Gemeinschaft suchen. So stehen denn auch nicht die Nationen Europas (und ihr Nationalismus) im Mittelpunkt meiner Ausführungen, sondern ihr Streben nach „europäischer Gemeinschaft“. Dabei werde ich freilich, wie es für diesen Aufsatz erbeten wurde, vor allem auf das Verhältnis der Kirchen<sup>1</sup> zur EG und zum Europarat zu sprechen kommen; die kulturelle Dimension und die Frage nach den geistigen Grundlagen Europas können dabei jedoch nicht übergangen werden.

## *Braucht die europäische Gemeinschaft die Kirchen?*

Am 5. November 1990 besuchten elf leitende Vertreter der Mitgliedskirchen der *European Ecumenical Commission for Church and Society* (EECCS), unter ihnen Bischof Dr. Martin Kruse als damaliger Vorsitzender des Rates der EKD und der Erzbischof von York (Dr. John Habgood) als Vertreter der Kirche von England, die EG-Kommission in Brüssel. Den Abschluß eines Tages voller Gespräche mit mehreren EG-Kommissaren und hohen Beamten der Kommission brachte eine Begegnung mit EG-Präsident Jacques Delors. In einem längeren Gespräch äußerte Delors den Wunsch nach einem Dialog mit den Kirchen sowie mit Vertretern von Wissenschaft und Kultur über den Kurs und die Bedeutung des Aufbaus Europas. Die EG befinde sich an der Schwelle einer Entwicklung vom „Markt“ zur

„Gemeinschaft“. Dabei bedürfe es des Gemeinsinns, eines „Zugehörigkeitsgefühls“ der Bürger. Der EG fehle noch „ein Herz und eine Seele“. Des weiteren sei die gegenwärtige Unausgewogenheit der wirtschaftlichen und der sozialen Dimension in der EG unbefriedigend und eine Ursache von Armut. Es gehe nicht um die Abschaffung des Wohlfahrtsstaats, sondern um seine Ergänzung durch örtliche Initiativen. Auch dabei falle den Kirchen eine Rolle zu.

Fast genau zwei Jahre danach, am 13. November 1992, stattete derselbe Kreis von Kirchenführern – Vorsitzender des Rates der EKD zwar inzwischen Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt – dem Europarat in Straßburg einen Besuch ab. Der Tag begann mit der Begrüßung durch die Generalsekretärin, Frau Catherine Lalumière. Auch sie richtete einen Appell an die Kirchenvertreter, daß die Kirchen einen Beitrag beim Aufbau der im Wandel befindlichen europäischen Gesellschaft leisten sollten. Zu den hauptsächlichen Aufgaben des Europarates gehöre die Hilfe bei der Schaffung und Kräftigung demokratischer Strukturen. Dies sei in den von der kommunistischen Herrschaft befreiten Ländern Mittel- und (Süd-)Osteuropas besonders schwierig; denn dort führe der lange, erzwungene Verzicht auf Freiheit und Wohlstand jetzt zu einer Reaktion der Bürger, vor allem auf ihre persönlichen Rechte bedacht zu sein und ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit zu vernachlässigen. Aber auch in Westeuropa sei das Verhältnis zwischen dem Streben nach persönlichem Vorteil und der Verantwortung als Staatsbürger aus dem Lot geraten. Eine wichtige Aufgabe beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Europa bestehe deshalb darin, bei den Bürgern das Bewußtsein dafür zu entwickeln oder zu erneuern, daß sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Bei dieser Aufgabe seien die Kirchen wichtige Partner, die sich ja während der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen im früheren Ostblock bereits große Verdienste bei der Schaffung demokratischer Strukturen erworben hätten.

Vielleicht wecken solche Erwartungen in den Kirchen nicht nur ein positives, sondern auch ein kritisches – auch selbstkritisches – Echo. Wichtig bleibt es aber festzuhalten, daß eine der vorrangigen Aufgaben des Europarates, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen, auch den Kirchen sehr am Herzen liegt. Dennoch versteht es sich, daß die Kirchen zu prüfen haben, inwieweit sie den hinter solchen Einladungen stehenden Erwartungen entsprechen können. So haben die Vertreter der EECCS-Mitgliedskirchen bei den Gesprächen am 5. November 1990 in Brüssel u. a. deutlich gemacht, daß sie die Rolle der Kirchen nicht im Sinne der Förderung einer „civil religion“, nicht im Sinne einer religiösen oder ethischen Rechtferti-

gung und Absicherung der europäischen Integration sehen, sondern als ihren Beitrag zum Aufbau einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft; und daß der Auftrag der Kirchen nicht nur die Fürsorge an Benachteiligten, sondern auch die gesellschaftliche Diakonie umfasse.

Man mag auch fragen, ob es sich bei den Äußerungen von Delors und Lalumière um zwei zwar gewichtige, aber doch vereinzelt Stimmen handelt, während vermutlich in den Verwaltungen von EG und Europarat die Sympathie für die Kirchen und ihre Anliegen ebenso an Boden verliert wie überall in den Ländern Europas. Aber man sollte m. E. die Einladungen des liberalen Katholiken Delors und der überzeugten Protestantin Lalumière weniger ihrer persönlichen religiösen Überzeugung als vielmehr ihrer politischen Einschätzung zuschreiben, mit der sie dann wiederum nicht allein stehen dürften. Die Nähe der Aufgaben des Europarates zu den Anliegen der Kirchen wird sicher auch auf dessen Seite von vielen Verantwortlichen gesehen. Und in der EG-Zentrale in Brüssel hat man offenbar erkannt – und dies nach dem europäischen Krisenjahr 1992 inzwischen gewiß noch deutlicher als im November 1990 –, daß die einst von Jean Monnet konzipierte EG-Mechanik, durch wirtschaftliche Integration zur politischen Union zu gelangen, an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen ist. Soll die europäische Einigung weiter vorankommen, so bedarf es dazu der Mobilisierung geistiger Kräfte. Und bei dieser Aufgabe sind nicht nur die christlichen Kirchen, sondern auch die anderen Religionsgemeinschaften, Wissenschaftler und Künstler, Philosophen und Literaten etc. willkommen. Die Kirchen nehmen dabei also keineswegs eine privilegierte Stellung ein, sondern sind in den Augen vieler, etwa von den laizistischen Verhältnissen in Frankreich beeinflusster EG-Politiker nur *eine* gesellschaftlich relevante Gruppe unter anderen. Dies relativiert einerseits die Bedeutung kirchlicher Beteiligung an der geistigen Formation einer europäischen Gesellschaft; andererseits wird damit die Haltung der EG-Kommission gegenüber den Kirchen unabhängiger von der kirchlichen Einstellung der – evtl. auch wechselnden – Verantwortlichen.

Die Offenheit der EG-Kommission gegenüber den Kirchen – dies gilt zumindest für die in Brüssel und Straßburg tätigen ökumenischen Agenturen – hat m. E. noch einen weiteren Grund. Die EG-Kommission befindet sich in der Rolle eines Anwalts, der die in den EG-Verträgen verankerten Prinzipien einer Solidargemeinschaft der reicheren und ärmeren Regionen Europas und das daraus sich ergebende Gebot der gerechten Güterteilung ständig gegenüber den Eigeninteressen der einzelnen Mitgliedsstaaten und

mächtiger Wirtschaftsverbände verteidigen muß. In diesem dauernden Gerangel um eigene Vorteile erscheinen der EG-Kommission die Kirchen gewissermaßen als natürliche Verbündete. Sie haben zwar wenig Macht und Einfluß, aber gelegentlich können ihre Appelle zur Solidarität mit den Armen und Benachteiligten doch gegen allzu skrupellose politische und wirtschaftliche Profitmacher mit ins Feld geführt werden.

Fazit: Bei manchen Fragezeichen, welche hinter die an die Kirchen gerichteten Erwartungen gesetzt werden können, bleibt die Tatsache, daß nach dem Urteil maßgeblicher Europapolitiker die europäische Gemeinschaft die Kirchen braucht.

### *Sind die europäischen Kirchen gemeinschafts-willig?*

Richtet man die Frage an „die Kirchen“, ob sie selbst meinen, in der europäischen Gemeinschaft vonnöten zu sein, so stößt man zunächst auf die nachgerade sattsam bekannte Tatsache, daß die protestantischen Kirchen lange Zeit brauchten, um sich eine solche Frage überhaupt zu stellen. Die römisch-katholische Kirche dagegen tat schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs während des Pontifikats Pius XII. ihr Engagement für die Einigung Europas kund<sup>2</sup> und gab zu erkennen, daß sie sich mit ihrer Mission in der europäischen Völkergemeinschaft für unverzichtbar hält. Die Gründe für das Zögern der Protestanten sind mehrfach benannt worden<sup>3</sup>; ich wiederhole sie deshalb hier nicht. In den achtziger Jahren, besonders mit dem Bekanntwerden der konkreten Auswirkungen des EG-Binnenmarktes (vereinbart in der Einheitlichen Europäischen Akte vom Februar 1986), wachte das Interesse an der europäischen Gemeinschaft im Protestantismus auf. Und nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union und der übrigen Beschlüsse von Maastricht im Februar 1992 steigerte sich das Interesse bis zu gelegentlicher Aufgeregtheit.

Die großen ökumenischen und konfessionellen Versammlungen der letzten Jahre – 1989 in Basel, 1991 in Santiago de Compostela und in Rom, 1992 im Phanar, in Budapest und in Prag – haben einmütig ihren Willen bekundet, darauf hinzuwirken, daß in Europa nicht nur ein politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß möglichst vieler Länder entsteht, sondern eine Gemeinschaft, in der Frieden, Gerechtigkeit und ausreichende soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen für alle Menschen gewährleistet sind. Ein breiter Konsens besteht auch darin, daß die Kirchen den Auftrag zur Evangelisierung im Sinne einer Verkündigung des Evangeliums in allen Lebensbereichen (2. Barmer These) und der Gewinnung von Men-

schen für Christus haben und daß sie sich an der öffentlichen Diskussion um die geistigen Grundlagen Europas beteiligen sollen.<sup>4</sup>

Grundsätzlich sind also die Kirchen zumindest auf ihrer Leitungsebene bereit, ihren Beitrag zur entstehenden europäischen Gemeinschaft zu leisten, und sie meinen offenbar auch, daß die Gemeinschaft auf diesen Beitrag angewiesen ist.<sup>5</sup>

Wenn man hinter diese Gemeinsamkeiten zurück genauer nachfragt, werden freilich Differenzen und Schwierigkeiten erkennbar. Dies gilt vor allem für den Auftrag zur Evangelisierung. Welches Ziel kann und soll sie haben? Welches Vorgehen und welche Methoden sind evangeliumsgemäß? Wie verhält sich das christliche Menschen- und Weltbild zu den geistigen Grundlagen einer multikulturellen europäischen Gesellschaft?<sup>6</sup> Angesichts solcher Fragen gewinnt eine Beteuerung besonderes Gewicht, die sich ebenfalls in allen Kundgebungen der o.g. ökumenischen und konfessionellen Versammlungen der letzten Jahre in Europa findet: Daß nämlich die Kirchen den Herausforderungen des Wandels in Europa nur dann glaubwürdig und wirksam werden begegnen können, wenn sie ihren Auftrag *gemeinschaftlich* wahrnehmen.

Aber wie weit reicht der Wille zur Gemeinsamkeit? Wie tragfähig sind Bekenntnisse zur Gemeinschaft? Und: Werden solche Beteuerungen der ökumenischen bzw. kirchlichen Gremien auf „oberer“ Ebene von den Kirchenmitgliedern und den lokalen Gemeinden – von der „Basis“ vernommen, akzeptiert und unterstützt?

Ein für die Bereitschaft von *Kirchenleitungen* zur Gemeinschaft bezeichnendes Beispiel ist der Mißerfolg, der der Initiative Reinhard Frielings für eine Europäische Evangelische Synode beschieden war. Frieling selbst hat die Ablehnung seines Vorschlages damit erklärt, dieser habe sich als „nicht konsensfähig erwiesen“<sup>7</sup>; Konrad Raiser sieht die Gründe in „kirchenrechtlichen Anklängen“<sup>8</sup>. Im Kern ging es darum, daß sich die evangelischen Kirchen in Europa nicht auf eine verbindliche Struktur gemeinsamer Entscheidungsfindung einlassen wollten. Die kleineren Kirchen befürchten, in einer Europäischen Evangelischen Synode von den großen evangelischen Volkskirchen, vor allem den deutschen, dominiert zu werden; und diese wiederum sind nicht bereit, ihre Entscheidungsfreiheit (und die Verfügungsgewalt über ihr Geld) durch die Mitbestimmung anderer Kirchen einschränken zu lassen. Hier handelt es sich um einen Vorgang innerhalb einer Konfessionsfamilie. Was muß man erst erwarten, wenn es um den Testfall gemeinschaftlicher Wahrnehmung des *einen* Missionsauftrags von Protestanten, Katholiken, Orthodoxen und Anglikanern in Europa geht!

Für das Verhältnis von Staaten zueinander – allemal in Europa – ist Interdependenz heute allgemein akzeptiert. Jeder internationale Vertrag, erst recht die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation wie der EG, bedeutet für die beteiligten Staaten eine Einschränkung der eigenen Entscheidungsfreiheit oder gar eine teilweise Übertragung souveräner Rechte. Die Kirchen sind aber im eigenen Bereich bisher offenbar nicht bereit, um des gemeinsamen Zeugnisses und Dienstes willen Entscheidungsbefugnisse auch nur in begrenztem Umfang einer gemeinsamen Institution zu übertragen. Sie können aber nicht einerseits für eine europäische Gemeinschaft eintreten und andererseits ihre eigene Gemeinschaft unverbindlich lassen, ohne ihre Glaubwürdigkeit einzubüßen. Der Wille zur europäischen Gemeinschaft und der Wille zur ökumenischen Gemeinschaft hängen für die Kirchen Europas eng miteinander zusammen.

Wie steht die „Basis“ zu den Erklärungen von ökumenischen Versammlungen und von Kirchenleitungen zur Gemeinschaft der Kirchen und zur europäischen Gemeinschaft? Was die ökumenische Gemeinschaft betrifft, so wird die Antwort je nach der lokalen Situation unterschiedlich ausfallen. Welche Konfessionen sind am Ort vertreten, wie ist das zahlenmäßige Verhältnis? Wie konservativ oder liberal ist das gemeinschaftliche und kirchliche Klima? Gibt es besondere Konfliktfaktoren, welche die Beziehungen belasten? Immerhin sind genügend Beispiele aus einer Reihe europäischer Länder bekannt, die anzeigen, daß Christen auf der lokalen Ebene häufig mehr ökumenische Gemeinschaft wagen, als es den Kirchenleitungen manchmal lieb ist. Aber auch für das Gegenteil lassen sich Beispiele finden.

Hinsichtlich der Bewußtseinslage in den Kirchengemeinden im Blick auf die europäische Gemeinschaft habe ich durch eine Reihe von Vortragsveranstaltungen, Seminaren, Wochenendtagungen etc. zu Themen des Fragenkreises „Europa und die Kirchen“ einige Erfahrungen gesammelt. Da sind einmal die erfreulich interessierten, kirchlich und politisch wachen Gemeindeglieder, Pfarrerrinnen und Pfarrer sowie andere hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die fragen: „Was ist unsere Aufgabe als Christen in Europa heute?“ Auf der anderen Seite stehen die Gegner und Kritiker eines kirchlichen Engagements für Europa: Weil sie gegen die „Einmischung der Kirche in die Politik“ sind oder weil sie nationalistisch denken; aber auch solche, die die EG als ein „kapitalistisches Unternehmen“ ansehen, als ein Unrechtssystem, in dem die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden; oder die „Weltbürger“, die Europa für unzeitgemäß halten. Sie alle aber, Europafreunde und -gegner, stellen miteinander nur eine kleine Minderheit in den Gemeinden dar. Die

weitaus überwiegende Mehrheit der Christen hat noch nie etwas von ökumenischen und kirchlichen Stellungnahmen zu Europa wahrgenommen (obwohl man durchaus an Informationen darüber in kirchlichen und weltlichen Medien kommen kann, wenn man darauf achtet). Diese Christen haben auch kaum darüber nachgedacht, daß Probleme, von denen sie täglich hören oder die ihnen sogar persönlich auf den Nägeln brennen, wie Ausländerproblematik, Arbeitslosigkeit, Agrarpolitik etc., mit Europa und ihrem christlichen Glauben zusammenhängen. Sie kommen zu kirchlichen Veranstaltungen über Europa, weil sie als Bürgerinnen und Bürger durch die Presse und Fernsehen ein gewisses Interesse an Europafragen vermittelt bekommen haben. Aber die Informationen darüber, was alles kirchlich und ökumenisch im Blick auf die europäische Gemeinschaft los ist, und die Zumutung, „Europa und die Kirchen“ für ihren christlichen Glauben zu reflektieren, machen sie ratlos. Hier haben die Kirchen noch eine immense Aufgabe der Bewußtseinsbildung vor sich. Gegenwärtig muß man jedenfalls davon ausgehen, daß nur eine kleine Minderheit in den Gemeinden die offiziell proklamierte kirchliche Position im Blick auf die europäische Gemeinschaft unterstützt.

Ich habe meine Beobachtungen vor allem im protestantischen Norden und Westen Deutschlands gemacht. Aber die Situation anderswo in Europa dürfte sich, soweit ich dies beurteilen kann, kaum positiver darstellen.

### *Sind die europäischen Kirchen gemeinschafts-fähig?*

Seit vielen Jahren sind am Sitz der EG-Kommission in Brüssel eine Reihe *ökumenischer Organisationen* tätig. Ihre Aufgaben bestehen im wesentlichen darin, die Arbeit der dortigen Europäischen Institutionen zu verfolgen und eine regelmäßige Kommunikation zwischen diesen Institutionen einerseits und den eigenen Trägerkirchen bzw. -organisationen zu ermöglichen.<sup>9</sup> Um nur die wichtigsten zu nennen: Bereits 1956 nahm das Office Catholique d'Information et d'Initiative pour l'Europe (OCIPE) seine Tätigkeit auf; die Anfänge der European Ecumenical Commission for Church and Society (EECCS) und des Churches' Committee for Migrants in Europe (CCME) gehen auf das Jahr 1964 zurück; die European Ecumenical Commission on Development (EECOD) begann mit ihrer Arbeit im Jahre 1974; die Commissio Episcopatum Communitatis Europae (COMECE) besteht seit 1980. Relativ neu in Brüssel sind u. a. die Büros des schon 1982 gegründeten Ecumenical Forum of European Christian Women, seit 1990 die Association of WCC-related Development Organisations in

Europe (APRODEV) und seit 1992 Eurodiaconia. Zwei Aspekte verdienen im Blick auf diese Organisationen besondere Erwähnung: Zum einen sind in ihnen auf die eine oder andere Weise praktisch alle christlichen Kirchen Westeuropas entweder direkt oder z. B. durch nationale Kirchenräte vertreten, dazu mehrere Dutzend weitere, auf west- oder auch gesamteuropäischer Ebene tätige ökumenische Organisationen bzw. Agenturen. Zum anderen besteht zwischen den obengenannten Organisationen, die mit Ausnahme von COMECE und OCIPE alle im unmittelbar neben dem Berlaymont-Gebäude und dem Haus des Ministerrats gelegenen Centre Oecuménique untergebracht sind, eine arbeitsteilige Zusammenarbeit. Die Vielzahl ökumenischer Organisationen ist das Ergebnis der großen Vielfalt von Aufgaben und Problemen der EG, welche die Aufmerksamkeit der Kirchen auf sich ziehen. Dabei wird auch erkennbar, daß das Engagement für europäische Fragen stark von ökumenischen Gruppen mit speziellen Interessengebieten getragen wird.

Ich berichte im folgenden aus dem Erfahrungsbereich der *EECCS*, die in gewisser Weise eine besondere Stellung einnimmt, weil sie a) ein relativ weitreichendes Mandat für Fragen von „Kirche und Gesellschaft“ hat, weil b) in ihr eine besonders enge Zusammenarbeit mit CCME und EECOD stattfindet, weil c) in Verbindung mit ihr die EKD in Brüssel und die Kirche von England in Straßburg Büros unterhalten und weil sie d) – wie außer ihr nur noch OCIPE – ein Sekretariat für die Pflege der Verbindung zu dem für die Kirchen wichtigen Europarat (und anderen Europäischen Institutionen) in Straßburg hat.<sup>10</sup>

In der *EECCS*, die seit dem Frühjahr 1993 assoziierte Organisation der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ist, sind Kirchen und ökumenische Organisationen aus den Ländern der EG und des Europarates zusammengeschlossen. In ihr arbeiten damit evangelische, anglikanische und orthodoxe Christen mit. Auch Katholiken sind über ihre Mitgliedschaft in einigen nationalen Kirchenräten vertreten.

Als Folge des eingangs erwähnten Besuchs von leitenden Vertretern der *EECCS*-Mitgliedskirchen bei der EG-Kommission am 5. November 1990 erhielt die *EECCS* eine Einladung der EG-Kommission zu *regelmäßigen Gesprächen*. Seitdem finden eintägige Begegnungen zwischen Vertretern der *EECCS*-Mitgliedskirchen und hohen Beamten der EG-Kommission jeweils etwa zwei Monate vor den halbjährlichen Tagungen des Europäischen Rates statt. Neben den Verhandlungsthemen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten werden andere Fragen von gemeinsamem Interesse intensiv erörtert. Präsident Delors hatte in dem

Gespräch am 5. November 1990 darauf hingewiesen, daß die EG-Kommission keine institutionalisierten Beziehungen zu Non-Governmental Organisations (NGOs) kennt – im Unterschied zum Europarat, bei dem NGOs offiziell registriert und unter bestimmten Bedingungen auch zu beratender Mitarbeit zugelassen werden können. Trotz des inoffiziellen Charakters der halbjährlichen Gespräche haben diese für die EECCS einen hohen Stellenwert; denn sie bieten die Möglichkeit einer regelmäßigen Kommunikation mit Personen in Schlüsselpositionen der EG-Kommission bis hinauf zum Präsidenten. Sie zeigen im übrigen, daß Jaques Delors seinen Wunsch nach einem Dialog mit den Kirchen ernst gemeint hat.

Bei ihrer Generalversammlung im Juni 1992 nahm die EECCS eine Entschließung zu den Grundsätzen und *Prioritäten* ihrer Arbeit angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in Europa an, gewissermaßen als eine Aktualisierung ihres in der Satzung definierten Auftrags. Die EECCS sieht sich in einer dreifachen Funktion:

1. In der *Vermittlung* zwischen ihren Mitgliedskirchen und -organisationen einerseits und den Europäischen Institutionen andererseits in Fragen, um welche die Kirchen besonders besorgt sind (wirtschaftliche Entwicklung, Industrie, öffentliche Dienste z.B. Verkehr, Gesellschaft im ländlichen Raum, soziale Dimension, Bioethik, Menschenrechte).

2. In der *Analyse* der gegenwärtigen Veränderungen innerhalb der Europäischen Institutionen. Hierbei geht es um die Probleme der europäischen Einheit und der politischen Verträge mit den Stichworten „Partizipation“ (Demokratisierung der europäischen Gesellschaft, Grundsatz der Subsidiarität), „Solidarität“ (zwischen Nationen, Regionen und Bürgern); um Fragen der regionalen Disparitäten mit dem Stichwort „Gerechtigkeit“; um die Umweltproblematik mit dem Stichwort „Überlebensfähigkeit“.

3. In der *Kommunikation* der Kirchen untereinander, zwischen den Kirchen und den Europäischen Institutionen, den Medien und der Öffentlichkeit.

Es ist deutlich, daß ein so weites Feld wichtiger Fragen im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozeß – und hierbei handelt es sich nur um eine Auswahl – nicht von den z.Zt. einschließlich des Generalsekretärs drei hauptamtlichen Referenten in Brüssel und einem hauptamtlichen Referenten in Straßburg beackert werden kann. Delegation von Aufgaben und Arbeitsteilung sind daher geboten. Neben der bereits erwähnten Aufgabenteilung mit CCME (Ausländer- und Asylprobleme) und EECOD (Entwicklungsfragen) ist z.B. an Frauen-, Bildungs- und Erziehungsfragen, an Probleme der Arbeitswelt, der elektronischen Medien

etc. zu denken, für die sachkundige und engagierte Organisationen auf europäischer Ebene bestehen, die zumeist in der EECCS mitarbeiten. Für die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Union hat die EECCS einen besonderen Fachausschuß eingesetzt. Er wird von der Ökumenischen Vereinigung für Kirche und Gesellschaft in Brüssel beraten; ihr gehören christliche Beamte der Europäischen Institutionen an, die sich in der Materie auskennen. Aus dieser Vereinigung ist in den sechziger Jahren die Vorgängerorganisation der heutigen EECCS hervorgegangen.<sup>11</sup> Eine andere Arbeitsgruppe befaßt sich schon länger mit der wirtschaftlichen und sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes. Der Beirat für das EECCS-Sekretariat in Straßburg wird zugleich die Funktion eines Fachausschusses für Menschenrechtsfragen übernehmen, die ein wichtiges Aufgabengebiet des Europarates sind. Unter den Akademien und Laieninstituten in Europa besteht Bereitschaft zur Bearbeitung von Fragen der Ökonomie und Ökologie sowie der EG-Regionalpolitik. Wichtig wird auch die Arbeit einer im Entstehen begriffenen Gruppe qualifizierter Fachleute zu Fragen der Bioethik sein. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß die *Konferenz Europäischer Kirchen* insbesondere mit ihrem Studienprogramm die Themenbereiche Mission – Einheit – Interreligiöser Dialog – Spiritualität, zum großen Teil gemeinsam mit dem CCEE, behandeln und mit ihrer Arbeit auf dem weiten Gebiet „Kirche und Gesellschaft“ den gesamteuropäischen Bezugsrahmen auch für die Tätigkeit der ökumenischen und kirchlichen Agenturen in Brüssel und Straßburg zur Verfügung stellen wird.

Immer wieder einmal ist die Klage zu vernehmen, die protestantischen Kirchen seien bei den Europäischen Institutionen in Brüssel (Straßburg wird dabei meistens übergangen) nicht genügend präsent. Oft wird mit einem Seitenblick auf die römisch-katholische Kirche hinzugefügt, sie sei dagegen dort schon seit langem eindrucksvoll vertreten. Wenn man sich die oben genannten Aktivitäten vor Augen hält, dann muß der Schluß erlaubt sein, daß solche Klagen schlicht auf Uninformiertheit beruhen. Es trifft nicht zu, daß die Protestanten (und die Anglikaner) in Brüssel und Straßburg unzulänglich vertreten sind, daß die katholische Präsenz länger vorhanden ist oder daß sie wirkungsvoller wäre. Tatsache ist vielmehr, daß zumindest die hauptamtlich besetzten ökumenischen und kirchlichen Büros in Brüssel und Straßburg, einschließlich der Vertretungen von COMECE und OCIPE, alle eine im großen und ganzen tüchtige Arbeit leisten, in dem eines dem anderen kaum nachsteht, und daß sie insgesamt gut miteinander auskommen. Für sie alle kommt es vor allem auf eigene *Sachkompetenz*

*und Kommunikationsfähigkeit* an und weniger auf die Protektion von Kirchenleitungen und Kirchenfürsten, die irgendwo in Europa residieren. Sie alle haben in den Europäischen Institutionen keine anderen Mittel und Wege, beachtet zu werden und zu überzeugen, als durch die Kompetenz ihrer Argumente und ihr Geschick, sie zu vermitteln.

Natürlich ist die personelle und finanzielle Ausstattung von Büros wie denen der EECCS in Brüssel und Straßburg ausbaufähig. Eine Handvoll Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muß ein enormes Arbeitspensum bewältigen. Da wäre die eine oder andere weitere Arbeitskraft hochwillkommen. Es fehlt an Geld nicht nur für die Personalkosten, sondern für Arbeitsprojekte und Publikationen. Die organisatorischen Bedingungen könnten hier und da noch verbessert werden. Solche Verstärkungen würden vor allem der Kommunikation mit den Kirchen in der europäischen Gemeinschaft zugute kommen. Auf mittlere Sicht sollte angestrebt werden, etwa für die in der EECCS vertretenen Kirchen einen offizielleren Charakter ihrer Beziehungen zur EG-Kommission zu etablieren. Auch der Status der nichtkatholischen Kirchen beim Europarat in Straßburg könnte noch verbessert werden. Aber was auch immer erreicht würde, um die äußeren Bedingungen für den Dialog der Kirchen mit den Europäischen Institutionen verlässlicher zu machen – es bliebe dabei, daß alles von einer qualifizierten, überzeugenden Arbeit abhängt, wenn die Kirchen etwas bewirken wollen.

Die eigentlichen Probleme des kirchlichen Beitrags zur europäischen Gemeinschaft liegen aber nicht bei den in Brüssel und Straßburg tätigen ökumenischen Organisationen, sondern bei den sie tragenden Kirchen.

Sehen wir uns zunächst die *römisch-katholische Kirche* an. Ihre eigenen hierarchischen Strukturen und traditionellen Methoden der Ausübung von Einfluß im politisch-gesellschaftlichen Raum stehen ihr eher im Wege, als daß sie ihren Interessen förderlich wären. Wenn der Vatikan und die Hierarchie mit den Mitteln römischer Kirchendiplomatie bei den EG-Institutionen bestimmte katholische Positionen durchzudrücken versuchen, so werden sie dort nur Widerstand provozieren und die geduldige, qualifizierte Arbeit der katholischen Büros vor Ort eher erschweren. Ein römisch-katholischer Mitarbeiter an einflußreicher Stelle in der EG-Kommission sagte mir einmal während eines Gesprächs über kirchliche Mitwirkungsmöglichkeiten: „Wir wollen keinen neuen Cäsaro-Papismus!“ Das kennzeichnet meines Erachtens die Stimmung in den Europäischen Institutionen, die anders ist als vielleicht in einigen traditionell katholischen Ländern. Der neidische protestantische Seitenblick auf vermutete katholische Einfluß-

möglichkeiten verrät daher nicht nur ein Denken in überholten Vorstellungen, sondern verkennt auch die tatsächliche Situation.

Das Problem der römisch-katholischen Kirche geht aber viel tiefer als die Frage nach den Methoden politischer Einflußnahme. Es geht um die Frage: Was kann diese Kirche zur demokratischen Kultur in der europäischen Gemeinschaft beitragen, die selbst vom Papstamt her als absolute Monarchie strukturiert ist? Im 2. Kapitel des Statuts des Europarates von 1949 ist die Zulassung neuer Mitglieder folgendermaßen geregelt: „Jedes Mitglied des Europarates erkennt die Grundsätze des Rechtsstaates an und verpflichtet sich, allen Personen im Bereich seiner Gerichtsbarkeit die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten.“ Es sind diese Kriterien, welche den Heiligen Stuhl bzw. Vatikanstaat von der Mitgliedschaft im Europarat ausschließen.

Wenden wir uns nun dem *Protestantismus* zu. Seine große Schwäche liegt in dem Partikularismus der evangelischen Kirchen. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, ihren großen Reichtum an protestantischem Kirchentum und Frömmigkeitsstilen, an kulturellen Traditionen und nationalen oder volkstümlichen Prägungen in eine transnationale Form verbindlicher protestantischer Gemeinschaft einzubringen und eine in ihrer Verschiedenheit versöhnte protestantische Gemeinschaft in Europa zu schaffen. Von wenigen Ausnahmen z.B. im europäischen Methodismus abgesehen, stellt sich der europäische Protestantismus in Landes-, Provinzial- oder Regionalkirchen dar. Solange aber die evangelischen Kirchen in Europa sich nicht aus ihrem nationalen und ethnischen Partikularismus zu befreien vermögen, fehlt dem Protestantismus eine wesentliche Qualität, einen überzeugenden Beitrag zur europäischen Gemeinschaft „in versöhnter Verschiedenheit“ zu leisten.

Fehlt dem europäischen Protestantismus also eine gemeinschaftsbildende Kraft, so verfügt er andererseits über besondere Gaben und Erfahrungen beim Umgang mit Fragen von Wissenschaft und Technik und mit sozio-ökonomischen Problemen sowie für die Mitwirkung bei der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft. In einer von der EG-Kommission veranlaßten Studie<sup>12</sup> werden die Stärken des Protestantismus etwa folgendermaßen beschrieben:

– In den protestantischen Kirchen ist ein eindrucksvoller Fundus an qualifizierter Information über moderne Probleme (Bioethik, Energie, Klima, Wissenschaftsdebatte etc.) vorhanden. Ein ganzheitliches Denken hebt die scharfe Trennung zwischen Sakralem und Profanem auf.

– Der Protestantismus befindet sich bereits in einer umfassenden Debatte des Übergangs von der Moderne zur Postmoderne. Er ist offen gegenüber dem kulturellen Wandel in der Welt und befindet sich in einer gründlichen und unvoreingenommenen Prüfung der Probleme von Kirche und Gesellschaft.

– Die Beziehungen zu den politisch Verantwortlichen sind mehr durch Dialog und Beratung gekennzeichnet als durch moralische Imperative. Die Bedeutung ökonomischer Interessen und Systeme wird klar gesehen.

Damit befindet sich die Studie in der Nähe von Aussagen der Europäischen Evangelischen Versammlung in Budapest. Ihnen zufolge besteht der spezifische Beitrag des Protestantismus zur europäischen Gesellschaft

– in seiner Erfahrung in der Auseinandersetzung mit den Widersprüchen des Säkularismus; diese beruht auf dem Erbe der Verwurzelung in der Reformation und der Prägung durch die Tradition der Aufklärung;<sup>13</sup>

– in der Einbringung des partizipatorischen Elements in den Gesellschaftsprozess; dieses Element ist eine Konsequenz der biblisch-reformatorischen Lehre vom Priestertum aller Gläubigen und der Mitverantwortung aller Getauften in Gemeinde und Kirche.<sup>14</sup>

Dieser Beitrag des Protestantismus kann aber nur zu einem kleinen Teil durch die ökumenischen und kirchlichen Agenturen in Brüssel und Straßburg vermittelt werden. In den Kirchen selbst muß die Aufgabe in Angriff genommen und die Diskussion geführt werden. Denn es geht dabei ja nicht in erster Linie um Gespräche in den Europäischen Institutionen, sondern um einen Bewußtseinswandel in den Gemeinden und in der Gesellschaft. Ob das gelingt, entscheidet über die Gemeinschafts-Fähigkeit der evangelischen Kirchen und ebenso aller anderen Kirchen.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Die orthodoxen Kirchen haben zwar in der KEK einen bedeutenden Anteil an dem ökumenischen Gespräch über europäische Fragen und in Brüssel sind sie durch Mitgliedschaft in einigen der dortigen ökumenischen Organisationen mittelbar sowie durch einen Beauftragten des Ökumenischen Patriarchats direkt vertreten; aber hinsichtlich ihrer Stellung zur EG und zum Europarat gibt es bisher wenig signifikante Erfahrungen und Informationen. Daher nehme ich in diesem Aufsatz die Orthodoxie von meinen Überlegungen aus. Ich übersehe dabei nicht, daß in dem Dialog über die geistigen und kulturellen Grundlagen Europas die osteuropäische Tradition im allgemeinen und die byzantinische Tradition im besonderen berücksichtigt werden müssen. Aber dieser Dialog muß im ökumenischen Bereich im Rahmen von KEK und CCEE geführt werden; und das ist hier nicht mein Thema.

- <sup>2</sup> Pius XII. in seiner Weihnachtsansprache 1953.
- <sup>3</sup> Vgl. z.B. Konrad Raiser, Umkehr und Freiheit. Evangelisches Zeugnis in Europa. In: Erkunden und Versöhnen, Beiheft zur ÖR Nr. 65, Frankfurt/Main 1993, S. 8ff. Walter Schöpsdau, Ökumenische Strukturen in Europa. In: Europa und der Protestantismus. Bensheimer Hefte 73, hg. von Beatus Brenner, Göttingen 1993, S. 208ff.
- <sup>4</sup> Zu den soziaethischen Fragen verweise ich auf Wolf-Dieter Just, Kirchlich-soziaethische Herausforderungen des EG-Binnenmarktes. In: ÖR 1989/4, S. 411ff.; ders., Ethische Orientierungen für den EG-Binnenmarkt. In: ÖR 1992/3, S. 314ff.  
Die kirchlichen Positionen hinsichtlich der geistigen Grundlagen Europas werden in mehreren Beiträgen in der Dokumentation „Europa und der Protestantismus“ (s. Anm. 3) dargestellt; vgl. besonders Reinhard Frieling, Die Verantwortung der Kirchen im europäischen Einigungsprozeß, S. 19ff.
- <sup>5</sup> Vgl. Reinhard Frieling, Europa braucht Gott. Zum evangelischen Beitrag in Europa. a.a.O. „Europa und der Protestantismus“, Anm. 3 und 4, S. 84ff.
- <sup>6</sup> Zum evangelischen Verständnis vgl. Raiser, a.a.O., Anm. 3 und Frieling, a.a.O., Anm. 5.
- <sup>7</sup> Frieling, a.a.O., Anm. 5, S. 104.
- <sup>8</sup> Raiser, a.a.O., Anm. 3, S. 12.
- <sup>9</sup> Eine Übersicht findet sich unter dem Stichwort „Europa“ (K. Kremkau) im Ökumene-Lexikon, Hg. Hanfried Krüger u.a., Frankfurt/Main, <sup>2</sup> 1987, Sp. 353ff. und bei Schöpsdau, a.a.O., Anm. 3, S. 213ff.
- <sup>10</sup> Zur Geschichte s. Antoinette Panhuis, Un temps d'espérance. L'histoire du Centre Oecuménique à Bruxelles. In: Rencontres, Brüssel 1991, S. 21ff.
- <sup>11</sup> S. Panhuis, a.a.O., Anm. 10.
- <sup>12</sup> Marc Luycx, Religions confronted with science and technology. Churches & Ethics after Prometheus. Brüssel, August 1992.
- <sup>13</sup> Die Europäische Evangelische Versammlung „Christliche Verantwortung für Europa“: An die evangelischen Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen in Europa. Absatz (10)(e). In: epd-Dokumentation Nr. 17/92, „Budapest“ Folge 1.
- <sup>14</sup> A.a.O., Anm. 13, Absatz (9)(d).